

Leitsätze
zur Landtagswahl 1963
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Niedersachsen

**„Die Freie Demokratische Partei
hat eine stolze Tradition“**

(Beschlossen auf dem Landesparteitag
in Hannover am 26. April 1963)



Leitsätze

der Freien Demokratischen Partei
zur Landtagswahl am 19. Mai 1963

Die Freie Demokratische Partei hat eine stolze Tradition:

Der Liberalismus hat den Rechtsstaat geschaffen und jene Kräfte entwickelt und gefördert, die in Wirtschaft und Wissenschaft, in Kultur und Gesellschaft den Fortschritt des modernen Lebens bedeuten.

Die Freie Demokratische Partei ist neben CDU und SPD die einzige Partei, die in allen Länderparlamenten und im Bundestag vertreten ist. Sie trägt in neun Bundesländern und in der Bundesregierung die Mitverantwortung.

Die Freie Demokratische Partei ist aus ihrer geistigen und politischen Grundhaltung heraus der Anwalt des einzelnen Mitbürgers gegen jeden Mißbrauch der politischen Macht. Die Freie Demokratische Partei muß im Interesse einer ausgeglichenen Landespolitik auch in Niedersachsen stärker werden.

Wer der Freien Demokratischen Partei für die nächsten vier Jahre Vertrauen schenken und wieder Verantwortung übertragen will, kann überzeugt sein, daß folgende politische Ziele angestrebt werden:

Nur eine vorbehaltlos **freiheitliche Kulturpolitik**, die uns in allen ihren Bereichen frei atmen läßt, bildet offene und selbstbewußte Menschen, die unsere Zeit braucht.

Jeder hat nach Begabung und Fähigkeit Anspruch auf kostenlose Erziehung und Ausbildung.

Unabänderlich tritt die FDP für konfessionelle Toleranz in der Erziehung ein und bekennt sich deshalb zur christlichen Gemeinschaftsschule. Sie hält an dem niedersächsischen Schulgesetz von 1954 fest.

Ein hoher Stand von Wissenschaft und Forschung ist angesichts der Bedrohung aus dem Osten lebensentscheidend für uns alle.

Niedersachsen besitzt als eines der größten Bundesländer nur **eine** Universität. Neben dem dringend notwendigen Ausbau der Universität Göttingen fordert die FDP, wie seit vielen Jahren, eine zweite Universität im Nordwestraum unseres Landes, in Oldenburg!

Der Anschluß des bäuerlichen Familienberiebes an die volkswirtschaftliche Gesamtentwicklung ist für uns ein Gebot sozialer Gerechtigkeit. Wir sind nicht bereit, unsere **Landwirtschaft** dem europäischen Markt zu opfern. Voraussetzung für gleiche Startbedingungen in der EWG ist die Beseitigung aller Wettbewerbsverzerrungen in den Ländern des Gemeinsamen Marktes unter Ausnutzung aller Vertragsmöglichkeiten für die nationale Agrarpolitik.

Die moderne Vermarktung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sollte mit Unterstützung der öffentlichen Hand bevorzugt Aufgabe des ländlichen Genossenschaftswesens und des Landhandels werden, um der Landwirtschaft zusätzliche Einnahmen zu erschließen.

Die FDP wird die wettbewerbsstarke Marktwirtschaft als die leistungsfähigste Wirtschaftsform weiter fördern. Die unternehmerische Initiative der Selbständigen in Industrie, Handel, Handwerk, Gewerbe und der freien Berufe ist dabei unentbehrlich. Wir werden alle Maßnahmen erstreben und unterstützen, die der **Stärkung des Mittelstandes** und besonders auch der nicht-selbständigen Berufe dienen.

Die **Verkehrspolitik** muß sich um ein harmonisches Zusammenspiel von Verkehr und Wirtschaft und der verschiedenen Verkehrsträger untereinander bemühen. Alle Verkehrsabgaben sind für den Straßenbau zu verwenden. Unser Ziel: Mehr Verkehrsraum, mehr Verkehrssicherheit!

- Die **Sozialpolitik** der FDP will jedem Menschen ein Höchstmaß an Selbständigkeit und persönlicher Unabhängigkeit sichern.

Die Sozialpolitik muß gemeinsam mit der Wirtschafts- und Steuerpolitik die Voraussetzungen dafür schaffen, daß alle Bürger für die Wechselfälle des Lebens versorgt sind. Sie will die Furcht vor Krankheit, Not und Alter nehmen! Besondere Hilfe ist notwendig für alle Opfer des Krieges!

- Die FDP fordert die Fortsetzung von **Eingliederungsmaßnahmen der Vertriebenen** in das Wirtschaftsleben.

- Dazu gehört die umfassende Verbesserung des Lastenausgleichs, wie zum Beispiel die Änderung des Stichtages, die Anhebung der Unterhaltshilfe, die Verbesserung der Altersversorgung ehemals Selbständiger.

Die FDP tritt nach wie vor für die verstärkte Ansiedlung der ost- und mittel-deutschen Bauern ein.

Die FDP fordert weiterhin – wie seit Jahren – das Beweissicherungsgesetz für SBZ-Flüchtlinge und tritt für deren Gleichstellung mit den Vertriebenen ein.

- Niedersachsen hat mit 195 000 fehlenden **Wohnungen** das größte Defizit in der Bundesrepublik. Deshalb fordert die FDP:

Schaffung einer Raumordnung und Städteplanung in Niedersachsen; Fortführung des sozialen und steuerbegünstigten Wohnungsbaus unter besonderer Berücksichtigung der Eigentumsbildung;

energische Maßnahmen zur Senkung der Bauland- und Baupreise; Anpassung der „durchschnittlichen Förderungssätze“ an die Preisentwicklung;

verstärkte Maßnahmen zur Bereitstellung familiengerechter Wohnungen, insbesondere für kinderreiche und junge Familien;

Fortführung und Ausbau des in Niedersachsen bestehenden Programms zur Schaffung von Alten- und Rentnerwohnungen;

Sanierung der Altbauwohnungen.

- Die Demokratie als Staatsform des freien, mutigen und verantwortungsbewußten Menschen wird nur dann Bestand haben, wenn es gelingt, sie in der **jungen Generation** zu verankern und wenn die Jugend für ihren Staat eintritt.

Dazu sind verbesserte organisatorische und materielle Förderungsmaßnahmen des Staates notwendig.

Deshalb muß der „Goldene Plan“ zur Förderung der Übungsstätten für Turnen, Spiel und Sport verwirklicht werden.

Die FDP setzt sich auch weiterhin für eine Stärkung des Ansehens der rechtssprechenden Gewalt ein. Sie hält daher die Zusammenfassung aller Gerichtszweige unter der Aufsicht eines **Rechtsprechungsministeriums** für erstrebenswert.

Die FDP wird auch weiter dafür eintreten, daß die Leistungsfähigkeit der Gerichtsbetriebe durch Rationalisierung vergrößert wird, daß der Strafvollzug weiter modernisiert und überalterte Gesetze mit den Anforderungen einer neuen Zeit in Einklang gebracht und einfach, klar und verständlich formuliert werden.

Die FDP hat Vertrauen zu den deutschen Richtern, Staatsanwälten und Rechtsanwälten. Sie verurteilt grundlose Angriffe, die gegen die Justiz gerichtet werden, um den Staat zu treffen.

Bei aller Achtung der Tradition und der Liebe zur engeren Heimat ist die FDP der Meinung, daß lebenswichtige Interessen des Bundes verständlichen Sonderinteressen der Länder vorgehen.

Die politische Arbeit in **Bund und Ländern** dagegen braucht die ständige Verbindung zur Kommunalpolitik. Die parlamentarische Arbeit sollte daher möglichst auf der kommunalen Ebene beginnen. Unser freiheitlich demokratischer und sozialer Rechtsstaat muß in den Herzen und in der Vernunft der Bürger wurzeln.

Bei der Verteilung des Steueraufkommens zwischen Bund, Ländern und Gemeinden muß bei allen Beteiligten der gleiche Maßstab an die selbstverständliche Sparsamkeit und die Dringlichkeit des Bedarfs gelegt werden.

18 Jahre nach Ende des Krieges ist Deutschland immer noch geteilt. Deutsches Land steht unter fremder Herrschaft. 17 Millionen Deutsche leben unter bolschewistischem Joch.

Das Brandenburger Tor, Symbol der deutschen Einheit, ist zugemauert.

Wir fordern das international anerkannte **Recht auf Selbstbestimmung auch für alle Deutschen!**

So erreichen wir für das deutsche Vaterland Einigkeit und Recht und Freiheit.